

Presseinformation

07. Juni 2011

B 10-Ausbau

Umweltschützer und Queichtalbevölkerung unglücklich über IHK

Der BUND Südpfalz widerspricht den von der IHK Pfalz in der RHEINPFALZ vom 7. Juni lokal und überregional geäußerten Standpunkten zum zukünftigen Ausbau der B 10 zwischen Landau und Pirmasens mit folgenden Thesen:

- Das Mediationsverfahren der 90er Jahre hat durch die vom Land bestellten Experten eindeutig erbracht, dass ein autobahnähnlicher Ausbau die wirtschaftlichen Probleme der Stadt Pirmasens keineswegs beseitigt.
- Bundesweite Erfahrungen zeigen, dass Fernstraßenausbau i. d. R. für die zwischen Oberzentren gelegenen Räume eher wirtschaftliche Entleerungseffekte hat.
- Der Straßenverkehr nimmt aus verschiedenen Ursachen in Deutschland seit über einem Jahrzehnt nicht mehr zu. Das haben zahlreiche offizielle Verkehrszählungen ergeben. Dennoch wird die Mär vom immer weiter wachsenden Autoverkehr noch unermüdlich verbreitet. Was die B 10 zwischen Pirmasens und Landau belastet, sind Mautflüchtlinge des europäischen Transitverkehrs.
- Die Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme von Pirmasens liegen tiefer und können nicht durch die in weiten Kreisen noch herrschende Straßengläubigkeit behoben werden. Die Arbeitslosenstatistik für den umgebenden Kreis Südpfalz sieht doch auch wesentlich besser aus.
- Vielen der rund 700 pendelnden Wasgau-Beschäftigten könnte auch die Einrichtung eines schnellen Regionalexpress über die vorhandene und preisgünstig ausbaufähige Schienenstruktur helfen.
- „Frischen Lebensmittel oder Bachwaren“ müssen nicht über zig Kilometer herbeigekarrt werden, wenn man nicht **das örtliche Handwerk wie Bäcker und Metzger** aus dem Markt kippen möchte.

- Wer einen „zügigen und durchgehenden vierspurigen Ausbau“ der B 10 will, der muss auch offen sagen, dass das im ersten Schritt und konsequenterweise nur durch neue Tunnels möglich ist. Er soll dabei aber nicht unter den Tisch fallen lassen, dass die dafür benötigten hunderte von Millionen Euro wieder vom Steuerzahler zu tragen sind. Aber vielleicht springt hier die WASGAU AG dem Staat hilfreich zur Seite.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz